

Kleine politische Meldungen.

Verhandlung gegen August Werges. Vor der Strafkammer in Braunschweig wurde am Montag gegen den ehemaligen Staatspräsidenten von Braunschweig, August Werges, und Genossen verhandelt, denen von der Anklage zur Last gelegt wird, falsche Legitimationen für Kommunisten ausgestellt zu haben. Unter den Angeklagten befindet sich auch Frau Hofbauer, die in den ersten Revolutionstagen als Kultusministerin von Braunschweig fungierte. Aus den Anklageakten wurde festgestellt, daß in verschiedenen Städten Deutschlands von der kommunistischen Partei Stellen zur Ausfertigung falscher Pässe gegründet worden sind. Eine solche Stelle bestand sich auch in Braunschweig. Wie von der Anklage behauptet wird, ist eine solche Passzentrale auch in Berlin eingerichtet worden, die sich nahe beim Bahnhof Friedrichstraße befindet. Über einen falschen Pass bekam, wurde in das Ruhrgebiet geschickt, um dort mit den Franzosen in Verbindung zu treten und gegen Deutschland zu wirken. Sämtliche Angeklagte verweigerten die Aussage. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Hegemann aus Celle, beantragte weiter, die Verhandlungen auszussetzen und die Angeklagten aus der Haft zu entlassen. Fluchtverdacht liege nicht vor. Der Gerichtshof schloß sich den Anträgen an, entließ die Angeklagten aus der Haft und vertagte die Verhandlung.

Bund der Kinderreichen. Im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses in Berlin hielt gestern der Bund der Kinderreichen Deutschlands seine zweite Tagung ab, die zahlreich besucht war und zu der auch das besetzte Gebiet Vertreter entsandt hatte. Die Forderungen der Kinderreichen gehen dahin, daß ihre Vertreter zu allen gesetzgeberischen Arbeiten, welche für sie von Bedeutung sind, hinzugezogen werden und daß ihnen ausreichender Einfluß auf alle öffentlichen Angelegenheiten (Eig. und Stimme in den Wohlfahrts-, Jugend-, Arbeits-, Wohnungs- und Mietleistungskomitees) eingeräumt werde. Gefordert wird ferner, daß bei der Veranlagung aller steuerbaren Einkommen mehr als bisher auf die Zahl der Familienmitglieder Rücksicht genommen werde, ferner, daß die Kinderreichen von Schulgeld befreit werden, Lehrmittelfreiheit und Herabsetzung der Eisenbahntarife für Kinderreiche.

Interessante französische Wahlergebnisse. Der Bürgermeister von Le Havre, Mejer, wurde als Abgeordneter der Radikalsozialisten im Departement Seine-Inférieure gewählt. Im Departement Aisne wurden die radikalsozialistischen Senatoren Foulhoux und Messimy (früher Kriegsminister) gewählt. In den 7. Bezirk von Bordeaux wurde der kommunistische Marinsoldat zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt ist, mit 215 Stimme gewählt.

24 000 slowenische Arbeiter für Frankreich. Daraus berichtet aus Prag, es sei ein Abkommen geschlossen worden, daß für das Jahr 1924 die Entsendung von 24 000 slowenischen Arbeitern nach Frankreich vorsehe.

Neues über die bulgarische Revolution. Nach in Wien aus Sofia vorliegenden Nachrichten über die Revolution und die Übernahme der bisherigen Regierung ist der Umsturz nicht so unblutig verlaufen, wie die ersten Meldungen es glaubhaft machen wollten. Es hat, wie gemeldet wird, 30 Tote und zahlreiche Verletzte gegeben.

Vor einem Umsturz in China. Daraus meldet aus Peking, daß die politische Krise in China sich immer mehr zu einem Staatsstreich gegen den Präsidenten Wj-huan-Lung entwickelt, der durch den Gouverneur der Provinz Petchili, Tschao-Kun, ersetzt werden soll. Polizei und bewaffnete Gendarmen bewachen die Straßen von Peking. Ein Teil der Polizei streift aus Entlohnungsgründen. Aus diesem Grunde hat die japanische Regierung vier Torpedobootzerstörer nach der chinesischen Küste entsandt.

Von Stadt und Land.

Uns, 12. Juni.

Vor einem Konflikt in der Regierungsmehrheit.

Es scheint, als ob es die Kommunisten wieder einmal für angebracht halten, die Regierung Selgner zum Bewußtsein zu bringen, daß ihre Lebensdauer nur vom guten Willen der Kommunisten abhängt.

In parlamentarischen Kreisen wird damit gerechnet, daß es in der Dienstag-Sitzung des Landtages zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Regierungsparteien kommen wird. Schon die Tagesordnung, über die wir berichtet haben, wird dazu genügenden Anlaß geben. Dabei werden die Kommunisten versuchen, folgende Forderungen, die ihr Landesvorstand an die sächsische Regierung gestellt hat, mit zur Verhandlung zu bringen:

1. Entlassung Fleckners;
 2. Regelung der Sicherheitsverhältnisse in Leipzig durch das sächsische Innenministerium;
 3. Zurückziehung der Polizei und Einsetzung der proletarischen Hundertschaften;
 4. Entlassung und strenge Bestrafung der Polizeioffiziere, die den Schießbefehl gaben;
 5. Aufhebung des kleinen Belagerungszustandes in Leipzig, der nur noch eine Verschärfung der Situation bedeutet und
 6. Durchführung der kommunistischen Vorschläge zur Änderung der Not der Erwerbslosen.
- Zu einer ernstlichen Auseinandersetzung zwischen den beiderseitigen Regierungsparteien dürfte es sehr wahrscheinlich, so wie die Dinge heute liegen, wohl erst Ende des Jahres kommen, weil zunächst die vier Monate langen Parlamentarismuskonferenzen, für die bekanntlich auch die Wahlen bewilligt sind, noch einmal sehr dehnungsfähig wirken dürften.

Die künftigen Postgebühren. Wie wir erfahren, ist nunmehr der neue Entwurf des Reichspostministeriums für die Erhöhung der Postgebühren fertiggestellt. Wir bemerken jedoch ausdrücklich, daß er noch, bevor er in Kraft treten kann, der Genehmigung des Reichstages, sowie des 27. Ausschusses des Reichstages unterliegt. Die Vorlage schließt sich eng an die Wünsche des Verkehrsrates, über die bereits berichtet wurde an. Sie sieht für Briefe und Postkarten das Dreifache der bisherigen Gebühren vor, die Sätze für Pakete sind in den niedrigeren Stufen etwa um das 2½fache gestiegen, in den höheren nicht ganz so viel. Entsprechend dem Vorschlage des Verkehrsrates sind die Fernspreckgebühren veranschlagt worden. — Nach dem neuen Entwurf werden also kosten:

Postkarten: Fernverkehr 120 Mark, Ortsverkehr 80 Mark; Briefe: bis 20 Gramm im Fernverkehr 800 Mark, Ortsverkehr 120 Mark; Drucksachen bis 25, 50, 100 Gramm: 60, 120, 180 Mark, Päckchen (bis 1 Kilogramm) kosten 600 Mark; Pakete bis 8 Kilogramm (5 Kilogramm) in der 1., 2. und 3. Zone 800, 1600, 1600 Mark (1200, 2400, 2400 Mk.). Die Grundgebühr für Telegramme beträgt 400 Mark, die Wortgebühr 200 Mark. Für Einschreibensendungen wird ein Zuschlag von 150 Mark erhoben, für Eisenbüchsen im Westbezirk 400 Mark, im Landbezirk 1200 Mark, für Eisenbüchsen 700 bzw. 1500 Mark. Auslandsbriefe (bis 20 Gramm) kosten 800 Mark, Postkarten 480 Mark, Drucksachen je 50 Gramm 180 Mark. Es ist damit zu rechnen, daß sowohl der Reichsrat wie der Reichstag keine wesentlichen Änderungen mehr an diesen Sätzen vornehmen werden.

Elternrat in der Oberrealschule. Nachdem es die Elternschaft der Oberrealschule zu Aue vor 4 Jahren einstimmig abgelehnt hatte, einen Elternrat zu gründen, hat sie sich jetzt auf das Ersuchen der Direktion und der Lehrerschaft erneut mit dieser Frage beschäftigt und in einer Kopsabstimmung mit großer Mehrheit beschlossen, nunmehr auch hier einen Elternrat ins Leben zu rufen. Letzten Donnerstag fand die Elternratswahl in der Aula der Oberrealschule statt. Es wurden 10 Vertreter der Elternschaft gewählt und zwar 8 aus Aue und 2 aus der Umgegend. Außerdem haben sich 2 Mitglieder im Elternrat: der Rektor der Schule, 2 Mitglieder des Lehrerkollegiums, 1 Mitglied der Schulverwaltung und der Schularzt, so daß der ganze Elternrat aus 15 Personen, darunter 1 Dame, besteht. Zum Vorsitzenden wurde Zahnarzt Dr. Sauer in Aue gewählt.

Sport und Spiel.

Fußball. Alemannia wollte am Sonntag mit 4 Mannschaften in Oelsnitz beim Sportverein Wacker 08 und konnte trotz körperlicher Ueberlegenheit die Wogländer jüngste Resultate erzielen. Den Reigen eröffneten die Alten Dorren und unterlagen knapp mit 2:1, die 8. Elf konnte ein 3:2 für sich herauskämpfen, während die 2. Elf trotz überlegenen Spielers durch Selbsttor in der letzten Minute mit 2:1 das Nachsehen hatte. Alem. 1 trat kurz nach 14 Uhr mit 2 Mann Ersatz der körperlich überaus kräftigen 1. Mannschaft von Wacker gegenüber. Von Anfang an ist der Kampf überaus flott, Alem. zeigt das gute alte sächsische Fußballspiel, während Oelsnitz nur Lauf- und Stoßspiel pflegt. Alem. übersteht den Sturm in vorbildlicher Weise, und nach 15 Minuten ist es der Mittelstürmer der einen äußerst scharfen wohlplatzierten Schuß unhaltbar zum ersten Treffer für Alemannia macht. Oelsnitz wehrt nun mächtig ins Feuer um auszugleichen und ändert nun sein ganzes Können einsetzt, um der Bombenschiffe Herr zu werden die auf sein Zielstadium kommen, er erliegt aber seine Arbeit in einer hervorragenden Weise, und seine Bruchstellungen werden von dem äußerst zahlreichen unparteiischen Publikum des öfteren mit großem Beifall belohnt. Alem. Mittelstürmer, der heute einen sehr guten Tag hat, und eine ganz famose Ballwertstellung zeigt, reißt seinen Sturm immer wieder nach vorn und nach guter Vorlage von Dalbins jagt er den Ball zum zweiten Male in die Maschen. Halbzeit 2:0 für Alemannia. Nach Wiederbeginn versucht Oelsnitz etwas herauszuholen, aber jeder Angriff wird durch die ausgezeichnete Abwehr oder die ballfichere Verteidigung Alem. abgestoppt. Dem kleinen flinken Georgi als Ersatzrechtsaußen gelingt es nach prächtigem Lauf 15 Min. vor Schluß Nr. 8 zu fuchen und 8 Min. später kommt Oelsnitz durch einen Fehler des rechten Außers Alem. zum verdienten Gleichstand. Der eingestellte Erfolg enttäuschte nach der angenehmen Seite. Trotzdem Alem. Elf am Tage vorher gegen den B. f. S. Rudolstadt mit 5:0 gewonnen hatte, merkte man ihr nichts von Müdigkeit an. Der Elf gebührt für ihre Leistungen ein Gesamtlob.

Stollberg. Denkmalsverkauf zugunsten der Alterspension. In der Stadtverordnetenversammlung sollten die Stadterordneten von der Einstellung der Alterspension Kenntnis nehmen. In der Aussprache stellte die SPD-Fraktion folgende Anträge: 1. Die Alterspension sofort wieder aufzunehmen. 2. Den Rat zu ersuchen, entsprechende Mengen Lebensmittel umgebend zu kaufen. 3. Zur Beschaffung von Geldmitteln ist der bereits beschlossene Abbruch des Denkmals am Markt sofort zu vollziehen. Solange nicht dieses Millionenobjekt in Geld umgewandelt wird begun. worden ist, können wir es nicht verantworten, die Alterspension einzustellen. Antrag 1 und 2 wurden einstimmig, Antrag 3 gegen 7 bürgerliche Stimmen angenommen.

Wahl bei Wauen. Erschütternder Unglücksfall. Am einen in den Brunnen geratenen Jagd herauszuholen, stieg am Sonnabend der hiesige Landwirt Lautenschlager in den Brunnen und setzte sich zur Vorlicht an. Seine 20jährige Tochter, Buchbinderweibchen Kramer, hielt das Seil. Offenbar ist nun in der Vetter eine Sprosse gebrochen, wodurch Lautenschlager rutschte und durch den bestigen Anprall seine Tochter mit in den Brunnen zog, die sich dabei eine schwere Kopfverletzung durch Aufschlagen auf einen Balken zuzog. Sie stürzte dann vollends in die Tiefe und ertrank. Der Vater wurde von Hülfsbereiten, Nachbarn aus seiner Adlen Lage befreit und die Leiche der Frau Kramer, die erst seit Januar in Wauen verheiratet ist, geborgen.

Leipzig. Der Beginn der Schießerei am Augustusplatz. Zu dem Tumult an der Griminalischen Straße am vorigen Mittwoch meldet der Volksbeirater von einwandfreien Personen ist bezüglich des Beginns der Schießerei, die so viele Opfer gefordert hat, folgendes beobachtet worden: Die Polizei hatte eben die Menge wieder aus der Griminalischen Straße auf den Augustusplatz zurückgedrängt und sich bis an die Ritterstraße zurückgezogen, als an der Ecke von Felsche in der Nähe des Briefkastens plötzlich ein Mann aus der Menge heraustrat, sich etwas vorbeugte und in die Griminalische Straße hinein einen Revolver schuß absendete und darauf sofort in die Menge zurücktrat. Es war dies der Schuß, durch den alle weiteren so schweren Folgen hervorgerufen worden sind. Dies geschah, nachdem kurz zuvor ein Polizeibeamter wiedergeklagt worden war.

Dresden. Besuch Elbener Sänger. Am Sonnabend trafen in Dresden die Elbener Sänger ein, die auf dem Bahnhofs mit Musik empfangen wurden. Die gegenseitige Begrüßung war außerordentlich herzlich. Im Gewerbehause fand ein großes Gesangsconcert statt, das allerdings nicht eben sonderlich besucht war. Nach dem Konzert wurde ein Komers abgehalten. Am Sonntag wurde in der katholischen Hofkirche die Messe solennis von Pombaur aufgeführt, gegen 1 Uhr mittags fand sodann eine Begrüßung im Landtage statt, zu der auch Ministerpräsident Selgner eine kurze Ansprache an die Gäste hielt.

Wirma. Ein harter nädiger Ausbrecher. Ein erwerbsloser Arbeiter war, wie der „Virtuosa“ berichtet, wegen Einbruchs festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt worden. Dort versuchte er nachts auszubringen. In seiner Zelle lockerte er durch Auskratzen der Wirtelstangen einen großen Sandstein um dann durch die entstandene Öffnung ins Freie zu gelangen. Durch die Aufmerksamkeit eines Gerichtsbeamten wurde dieser Ausbruchversuch aber vereitelt. Der Ausbruch durch die Seitenmauer mißglückt, so versuchte er nun durch die Decke zu entkommen. Auch hierbei wurde er, nachdem er mit dieser „Arbeit“ schon ziemlich weit war, nachts von dem Beamten wieder erwischt, und um weitere Ausbruchversuche zu vereiteln, legte man ihn in Ketten. Aber trotzdem gab der Widerpenstige die Hoffnung nicht auf. Er verschluckte zwei Sicherheitsnadeln, um damit seine Ueberwindung am das Krankenhaus zu erreichen. So kam es denn auch, am Freitag mittag wurde er aus dem Amtsgericht nach dem Krankenhaus in Wirma gebracht und nachdem durch eine Röntgenaufnahme die beiden Sicherheitsnadeln bei ihm festgestellt waren, als Kranker behandelt. Diese Gefährdung bemerkt nun der 28jährige Mensch, um in der Nacht im Freitags zu entweichen.

Letzte Drahtnachrichten.

Das englische Kabinett zum Memorandum.

Paris, 12. Juni. Die Agence Havas berichtet heute über das Ergebnis des englischen Kabinettsrats, der eine Stunde lang dauerte. Der Standpunkt des englischen Kabinetts konnte wie folgt gekennzeichnet werden: Die britische Regierung glaubt, daß es nicht möglich ist, als Vorbedingung für jede interalliierte Verhandlung die Einräumung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet zu verlangen, und daß die große Gefahr einer kommunistischen Reaktion bestehe. Die englische Regierung betont, daß es ihr sehr erwünscht sei, einen Friede zu vermeiden, aber sie erklärt, daß nach ihrer Ansicht Verhandlungen unter den Alliierten auf der Grundlage des deutschen Memorandums stattfinden können, müsse jedoch darauf aufmerksam machen, daß die in dem Memorandum enthaltenen Forderungen nicht annehmbar seien und daß sie unter dem Namen, was Dongar Law im Januar vorgeschlagen hatte. Das englische Kabinett macht deshalb den Vorschlag, den deutschen Plan zu ändern und Deutschland dahin zu bringen, die Bifferg des Landes von Dongar Law anzunehmen. Die britische Regierung sei davon überzeugt, daß das deutsche Reich einem ähnlichen Vorschlag zustimmen würde, wenn die französische Regierung der Ansicht ist, daß sie ihren Standpunkt aufrecht erhalten müsse, dann schlage die englische Regierung vor, eine Konferenz interallierter Sachverständiger zusammenzubringen, welche die Mission haben würden, eine Unteruchung der allgemeinen Lage Deutschlands vorzunehmen, um die Riffern zu bestimmen, auf die man die Reparationszahlungen Deutschlands aufbauen könnte. Falls sich die Sachverständigen nicht einigen könnten, würde die britische Regierung nicht davor zurückschrecken, selbst Vorstellungen bei der deutschen Regierung zu machen, damit diese dem passiven Widerstand im Ruhrgebiet ein Ende mache.

Dr. Cuno über den Abwehrkampf.

Parisruhe, 11. Juni. Reichskanzler Dr. Cuno traf heute abend hier ein und hatte mit der badischen Regierung Besprechungen. Anschließend fand ein Empfang beim Staatspräsidenten statt. Hierbei ergriff der Reichskanzler das Wort und sagte, auf seiner Reise, die ihn nach Württemberg und Heidelberg geführt habe, sei ihm aus allen Schichten des besetzten und Einbruchgebietes berichtet worden, daß die Bevölkerung dieser Gebiete den spontanen und aus der Bevölkerung herausgewachsenen Abwehrkampf bis zum guten Ende durchzuführen wolle. Besonders von Arbeitnehmerseite sei klar und deutlich zum Ausdruck gebracht worden, daß die Bevölkerung selbst die volle Verantwortung für den Abwehrkampf trage. Zu einem guten Ende des Kampfes gehöre es vor allem, daß Bayern, die Pfalz und das Rheinland, überhaupt die besetzten Gebiete unverändert beim Reiche und bei den Ländern zu denen sie gehören, bleiben. In dieser Beziehung gebe es für die Reichsregierung, die Landesregierung und die Bevölkerung keine Kompromisse und keine Konzessionen. Der Reichskanzler wies darauf hin, daß die Reichsregierung bestrebt sei, den uns aufgezwungenen Kampf für alle Kreise zu lindern. Der Kampf sei zwar schwer, aber er würde mit der Einigkeit des gesamten Volkes geführt.

Die österreichische Anleihe.

Nach einer bei dem Völkerverbundskommissar Dr. Zimmermann eingelaufenen Londoner Depesche ist die Zeichnung auf die österreichische Anleihe, deren Subskriptionsfrist vom 9. bis 14. Juni festgelegt war, heute nacht 11 Uhr geschlossen worden, nachdem sie dreifache Ueberzeichnung anwies.

Susanne.

Susanne, 11. Juni. Wie die türkische Delegation mitteilt, beharrt Ahmet Vafsa auf seinem Standpunkt, wonach die Türkei den Hilfsdienst nur in französischer Form, jedoch nicht in Gold sichern könne. Die Alliierten lehnen diese Auffassung der Türkei ab und fordern sie auf, sie neu mit ihrer Regierung in Verbindung zu setzen. Ahmet Vafsa erklärte, daß er seine Regierung von dem negativen Verlauf der Sitzung unterrichten werde. In ihr seien Kreise, welche mit man die Lage als sehr gespannt, hebt aber hervor, daß den Alliierten kein Ultimatum vorliege und daß von einem Abbruch der Konferenz nicht die Rede sei, sondern nur, daß beide Parteien auf ihrem bisherigen Standpunkt verharren.

Der Dollart notieris heute vormittag in Berlin: 2000 Mark mit 84 000.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selbmann. Druck u. Verl.: Kurs-Druck u. Verlagsanstalt, m. b. H., Elm.